

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

# Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion



4+5|2024

71. Jahrgang



**BSBD Vorsitzender  
René Müller im Interview**

**„Beschäftigte im Strafvollzug müssen  
Allroundtalente sein“**

# „Beschäftigte im Strafvollzug müssen Allroundtalente sein“

## BSBD Vorsitzender René Müller im Interview

Die Aufgaben in den Gefängnissen wachsen – auch im Umgang mit politischen Extremisten. Bedienstete sind stark gefordert, werden aber immer noch „Schließer“ genannt.

**Herr Müller, nach dem Anschlag von Solingen ist viel über den Umgang mit islamistischen Straftätern diskutiert worden. Welche Erfahrungen machen Sie da in den Haftanstalten?**

Wir warnen, als BSBD, schon seit Jahren, dass sich Islamismus auch in den Haftanstalten breit macht und wir dem den Boden entziehen müssen. In den Haftanstalten sitzen ja viele labile Personen ein, die gegebenenfalls sehr empfänglich sind für die Agitation von Extremisten.

**Das heißt auch in den Gefängnissen können sich Leute radikalisieren?**

Es lässt sich nicht verhindern, dass es Insassen gibt, die andere Inhaftierte aus ihrem Kulturkreis um sich scharen und dabei auch für extremistische Ziele zu gewinnen versuchen. Welche Auswirkungen das letztlich hat, sehen wir erst, wenn Gefangene entlassen worden sind. Da gibt es leider immer wieder Beispiele von Personen, die in Europa in Haft gesessen haben und deren Resozialisierung offenkundig nicht erfolgreich war.

**Und man kann nichts dagegen tun?**

Der reguläre Strafvollzug ist mit dieser Situation überfordert. Deswegen plädieren wir als BSBD schon lange dafür, Extremisten nicht im normalen Strafvollzug unterzubringen, sondern in eigenen Haftanstalten des Bundes.

**Was wäre denn der Vorteil derartiger Bundeshaftanstalten?**

Man kann dort diejenigen, die als Extremisten straffällig geworden sind, intensiver beobachten. Unsere Erfahrung ist, dass es in den Reihen der extremistischen Straftäter etliche gibt, die an ihrer Resozialisierung überhaupt nicht mitarbeiten wollen. Hier zielen unsere Programme ins Leere, und wir müssen überlegen, ob wir dafür über-



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

haupt noch Mittel bereitstellen sollten. Andererseits gibt es extremistische Straftäter, die erkennbar sozialisierungswillig und vielleicht sogar zum Umdenken bereit sind. Mit diesen müsste man besonders intensiv arbeiten. Mit den Ressourcen, die wir in den Haftanstalten der Länder haben, gelingt uns dies aber nicht. Zentrale Haftanstalten, die dann auf solche Probleme spezialisiert wären, könnten dies viel besser leisten.

**Aber Sie stoßen mit Ihrem Vorschlag nicht gerade auf offene Ohren?**

So ist es. Wir haben Gespräche mit der Staatssekretärin im Bundesinnenministerium geführt, dabei aber wenig Gegenliebe für unsere Idee gefunden.

**Also bleibt alles beim Alten?**

Das halte ich für falsch. Es zeigt sich immer wieder, dass der politische Extremismus ein zentrales Problem ist. Der Ruf nach mehr Sicherheit wird immer dann laut, wenn etwas passiert ist, wie zuletzt dieser schlimme Anschlag in Solingen. Aber in diesen ganzen Debatten spielt der Justizvollzug so gut wie keine Rolle. Dabei liegt es doch auf der Hand: Wir haben es im Strafvollzug auch mit Extremisten zu tun, die nach Verbüßung ihrer Haft entlassen werden. Ist es nicht gelungen, sie zu resozialisieren, dann können

sie eine große Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen. Es spricht also alles dafür, neue Wege zu gehen. Mit Blick auf den Strafvollzug komme ich mir manchmal vor wie auf der Titanic. Solange die Kapelle spielt, also der Laden halbwegs läuft, geht man davon aus, dass alles in Ordnung ist. Dabei ist das Schiff längst im Sinken begriffen.

**Soll heißen: Der Strafvollzug wird mit immer neuen Aufgaben belastet, die er gar nicht mehr stemmen kann. Auch als Folge einer erhöhten Zuwanderung?**

Allein dadurch, dass seit vielen Jahren mehr Menschen nach Deutschland kommen, steigt auch der Druck in den Haftanstalten. Mehr Menschen – das bedeutet zwangsläufig mehr Straftäter, also mehr Inhaftierte.

**Es gibt doch aber nicht nur ein quantitatives Problem?**

Das stimmt. Wenn Menschen in Haft der deutschen Sprache nicht mächtig sind, also eine vernünftige Unterhaltung mit ihnen nicht möglich ist, dann tendiert der Resozialisierungsansatz gegen Null. Wir haben es vielfach mit Menschen aus anderen Kulturkreisen zu tun, die ein anderes Frauenbild haben, ein anderes Verständnis vom Staat, die mit unserem Verständnis von Recht und Demokratie wenig anfangen können, die vielleicht traumatisiert sind. Es sind immer mehr Menschen mit psychischen Auffälligkeiten in den Haftanstalten. Nicht selten natürlich auch aus Staaten, wo Krieg herrscht. Das alles stellt unsere Vollzugsbeamtinnen und -beamten vor große Herausforderungen. Sie sind Ansprechpartner, Wachmann, Sozialarbeiter, in gewisser Weise auch Psychologe und Pädagoge, oft auch Handwerker und Lehrmeister. Kurz gesagt: Beschäftigte im Strafvollzug müssen Allroundtalente sein.



**Das passt gar nicht zur gängigen Vorstellung des Wachmanns, der vor allem die Zellentüren auf- und zuschließt ...**

Tatsächlich gibt es noch immer die Vorstellung, dass der Strafvollzugsbeamte vor allem der Schließer ist. Zellentür auf, Essen rein, Zellentür zu – das war's. Doch davon sind wir seit Jahrzehnten weit, weit entfernt. Und wenn Medien – wie unlängst die „Bild-Zeitung“ – immer noch vom Gefängniswärter oder Schließer sprechen, dann wird das in keiner Weise der Arbeit unserer Strafvollzugsbeamten gerecht. Es ist despektierlich, die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen auf eine einzige Tätigkeit zu reduzieren.

**Sie haben hingewiesen auf die unterschiedlichsten Qualifikationen, die es im Vollzugsdienst braucht. Wird die Ausbildung der Bediensteten den Anforderungen gerecht?**

Wir haben normalerweise eine zweijährige Ausbildung für den Justizvollzug, da lässt sich schon viel vermitteln. In einigen Bundesländern, beispielsweise in Rheinland-Pfalz, wurde die Ausbildungszeit zuletzt auf anderthalb Jahre reduziert. Als BSBD schauen wir da sehr kritisch drauf. Hier zeigt sich die ganze Not des Strafvollzugs: Angesichts des immer größer werdenden Aufgabenspektrums müssten wir die Ausbildung und auch die Fortbildung unserer Bediensteten eigentlich massiv ausweiten. Andererseits haben wir große Personalnot, brauchen neue Leute möglichst schnell und können es uns kaum erlauben, Bedienstete zur Fortbildung zu schicken, weil sie ja dann in den Haftanstalten fehlen.

**Wo gibt es den größten Handlungsbedarf?**

Ich habe schon erwähnt, dass immer mehr Menschen mit psychischen Auffälligkeiten im regulären Strafvollzug landen. Für den Umgang mit diesen Menschen sind unsere Bediensteten in der Regel nicht gut genug geschult. Hier muss sich unbedingt etwas tun.

**Sie weisen immer wieder auf den Personalmangel in den Haftanstalten hin. Finden Sie Gehör?**

Durchaus. Die Justizministerien der Länder versuchen zumindest, verstärkt auf dem Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen und neue Bewerber für den Vollzugsdienst zu gewinnen.

Allerdings muss man auch sagen, auch das haben wir schon ewig thematisiert, dass die Anreize, die wir für diese Arbeit setzen, einfach zu gering sind. Zwar wurde in einigen Bundesländern die Gitterzulage angehoben, aber das ist letztlich eine Politik der ganz kleinen Schritte. Dringend notwendig wäre eine radikale Erhöhung der Gehälter oder der Zulage, um jetzt Personal zu generieren, das auf dem Markt ja ganz, ganz knapp ist.

**Der Strafvollzug führt noch immer ein Schattendasein?**

Richtig. Es ist ein Thema, mit dem sich viele Menschen nicht beschäftigen wollen, weil sie einfach keine Berührungspunkte zu ihrem Leben sehen. Anders als zum Beispiel beim Pflegenotstand. Jeder weiß, dass er einmal in die Situation kommen kann, dass

er medizinische Hilfe und Pflege benötigt. Also hat das Thema über die Jahre eine große Aufmerksamkeit und das Pflegepersonal große Wertschätzung erfahren. Aber warum soll man sich mit Haftanstalten und Strafvollzugsbeamten beschäftigen? Dabei sollte doch einsichtig sein: Wenn Gefangene nicht ordentlich betreut werden, wenn nicht große Anstrengungen darauf verwandt werden, dass von ihnen nach der Entlassung aus der Haft keine Gefahr für die Gesellschaft ausgeht, dann erwachsen daraus schwerwiegende Probleme. Und die betreffen am Ende uns alle.

Interview: Volker Goebel.

Der Autor ist Journalist, hat bei HAZ und Neue Presse in Hannover gearbeitet und war lange Zeit auch zuständig für die Themen Gewerkschaften und Tarifpolitik.

- Anzeige -

**ONLINE GUTSCHEIN CODE 10%**  
**HIERO\_10**

NEU !!!! Handschuhhalter Art.Nr. 8100 One 4 all - Nutzung vertikal und horizontal zu tragen

NEU !!!! Entlastungsgürtel HIGH FUNCTION Art.Nr. 7000

NEU !!!! Tactical Rain Jacket HIGH FUNCTION Art.Nr. 10002

**www.HIERO.de**  
BrandsBusiness c/o HIERO  
Aschaffener Str. 111 63500 Seligenstadt  
Telefon 06182 - 948 7346 www.hiiero.de order@hiiero.de

## Sicherheitspaket und die Rolle des Justizvollzugs

**Nach den jüngsten Anschlägen in Mannheim, Solingen und zuletzt in München wird erneut über die Themen der zunehmenden Islamisierung und Radikalisierung sowie über die Auswirkungen und Maßnahmen zum Schutz unserer Gesellschaft diskutiert. Die Debatte ist nicht neu, aber sie hat an Intensität zugenommen. Insbesondere die Abschiebung von Gefährdern und deren Inhaftierung bzw. Unterbringung in speziellen Hafteinrichtungen ist mittlerweile ein zentrales Thema in der politischen Diskussion. Ein neues Sicherheitspaket soll geschnürt werden, doch es stellen sich viele Fragen, insbesondere im Hinblick auf den Justizvollzug.**

Für den Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) bedeutet diese Entwicklung erhöhte Wachsamkeit. Es ist unklar, wie sich die Zahl der Inhaftierung von Gefährdern entwickeln wird und wer die Sicherung der Ausreise durch Inhaftierung durchführt. Aktuell ist die Unterbringung von Gefährdern bereits dem Justizvollzug zugeordnet und es ist zu erwarten, dass die Zahl der inhaftierten Gefährder aufgrund der jüngsten Vorfälle weiter ansteigen wird. Abschiebehafteinrichtungen werden bereits jetzt in zwei Bundesländern personell aus dem Justizvollzug besetzt.

Dies wirft dringende Fragen auf, die den Justizvollzug direkt betreffen. Bislang gibt es jedoch keine offiziellen Stellungnahmen zu den Auswirkungen auf den Justizvollzug – weder vom Bundesjustizministerium noch vom Bundesinnenministerium. Auch die Bundesländer haben sich zu diesen Themen bisher bedeckt gehalten.

Der BSBD erinnert in diesem Zusammenhang an den letzten Sicherheitspakt des Bundes, bei dem Polizei- und Richterstellen zwar berücksichtigt wurden, aber andere Justizbereiche, insbesondere auf Länderebene, kaum Erwähnung fanden. Diese Vernachlässigung hat die personelle Krise im Justizvollzug nach Ansicht des BSBD noch verschärft. Schon jetzt ist der Justizvollzug vielerorts nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben aufgrund der Personalknappheit vollständig zu erfüllen. Die angespannte personelle Lage wurde von den Medien bereits thematisiert und vom BSBD deutlich aufgezeigt.

Angesichts dieser Lage erwartet der BSBD, dass die Abschiebehaft nach wie vor in spezialisierten Einrichtungen durchgeführt wird, ohne zusätzliche Belastung des Personals im regulären Justizvollzug.

Gleichzeitig mahnt der BSBD an, Resozialisierungsmaßnahmen stärker als bisher zu differenzieren und die knappen personellen und finanziellen Ressourcen ge-

zielter einzusetzen. Statt das sogenannte „Gießkannenprinzip“ anzuwenden, bei dem Ressourcen gleichmäßig verteilt werden, sollten diese gezielt auf Resozialisierungswillige Inhaftierte fokussiert werden.

Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Mitwirkung und den sozialen Integrationsbemühungen von Gefangenen. Inhaftierte, die abgeschoben werden müssen oder ihre extremistischen Aktivitäten nicht einstellen, sollten in zentralen Bundeseinrichtungen untergebracht werden. Dort sollten gezielte Aussteigerprogramme und Unterstützungsangebote bereitgestellt werden. Andernfalls könnten die Resozialisierungsbemühungen der Justizvollzugsanstalten der jeweiligen Länder ins Leere laufen.

Der Justizvollzug steht vor großen Herausforderungen, wenn er weiterhin in Sicherheitsmaßnahmen eingebunden wird, ohne dass personelle und finanzielle Ressourcen entsprechend aufgestockt werden. Der BSBD fordert daher eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten und eine gezielte Unterstützung für den Justizvollzug, um die Sicherheit der Gesellschaft zu gewährleisten und gleichzeitig humane und effektive Resozialisierungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Bundsvorsitzender  
René Müller

## Übergriffe auf Justizvollzugsbeamte

### Bedrohung und mangelnder Schutz für Vollzugsmitarbeiter außerhalb der Gefängnismauern

**In den letzten Jahren haben sich die Übergriffe auf Justizvollzugsbeamte nicht nur innerhalb der Gefängnismauern, sondern zunehmend auch im privaten Umfeld der Mitarbeiter ausgedehnt. Jüngste Vorfälle in Berlin und Hamburg, bei denen Autos von Justizvollzugsbeamten in Brand gesetzt wurden, verdeutlichen diese alarmierende Entwicklung. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) sieht diese Taten als gezielten Terror gegen Vollzugsmitarbeiter und fordert umfassende Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen.**

Die Justizministerien Hamburg und Berlin reagierten nach den Anschlägen umge-

hend, trafen zügig Maßnahmen, die sie in Eigenregie durchführen konnten und die einen besseren Schutz der Mitarbeiter zum Ziel haben. Die regierende CDU in Berlin fasste kurz nach den letzten Anschlägen am 7. Juli 2024 einen umfangreichen Beschluss zur Wertschätzung / Schutzmaßnahmen im Justizvollzug in ihrer Fraktion. Die Ermittlungsbehörden nahmen die Vorfälle ernst und begannen mit den Ermittlungsarbeiten, auch wenn die Aussicht auf Erfolg, die Verhaftung der Täter\*innen, gering erscheint. Die Gewalt gegen Justizvollzugsbeamte beschränkt sich längst nicht mehr nur auf ihren Dienst innerhalb der Haftanstalten. Mitarbeiter und ihre Familien sind zunehmend auch außerhalb ihrer Arbeitsstätte

Bedrohungen ausgesetzt. Die Täter, die sich vermutlich aus der linksautonomen Szene zu den Taten bekannten, lieferten Bekennerschreiben ab, deren Wahrheitsgehalt und Zuordnung jedoch zweifelhaft erscheint.

Der BSBD stuft diese Angriffe als Terrorakt ein und fordert den Staatsschutz auf, intensiv zu ermitteln. Besonders besorgniserregend ist dabei die Tatsache, dass nicht nur die betroffenen Mitarbeiter, sondern auch ihre Familien ins Visier der Täter geraten. Diese gezielten Angriffe zeigen, wie gefährlich die Situation für Mitarbeitende im Justizvollzug geworden ist, und verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf, um diesen Personenkreis besser zu schützen.

Ein wichtiger Schritt zum Schutz der Vollzugsmitarbeiter wäre die Einführung einer vereinfachten Auskunftssperre, wie sie auch die Berliner CDU-Fraktion in ihrem o. g. Beschluss fordert. Der BSBD hat hierzu bereits eine Stellungnahme über den dbb an das Bundesministerium des Innern (BMI) übermittelt und kritisiert die zögerliche Reaktion. Es ist für den BSBD unverständlich, dass überhaupt darüber debattiert wird, ob Justizvollzugsbeamte, die täglich Extremisten und Verbrechern gegenüberstehen, nicht denselben Schutz verdienen wie die Politiker, die ebenfalls Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt sind.

Ein weiteres Problem sieht der BSBD in der Art und Weise, wie Justizvollzugsbeamte in den Medien dargestellt werden. Solange in der Berichterstattung von Begriffen wie „Schließen“ und „Wärtern“ die Rede ist (BILD 24. Juni 2024), fehlt es an der gesellschaftlichen Anerkennung für die wertvolle und gefährliche Arbeit, die Justizvollzugsbeamte täglich leisten. Diese stereotype

und abwertende Darstellung in den Medien trägt dazu bei, dass die Bedeutung des Justizvollzugs für die Sicherheit Deutschlands in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt wird.

Der BSBD fordert das Bundesministerium des Innern und die Landesministerien dringend auf, die Bedrohungen gegen Justizvollzugsbeamte ernst zu nehmen und umfassende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Es muss anerkannt werden, dass Vollzugsmitarbeiter, die tagtäglich ihr Leben für den Schutz der Gesellschaft riskieren, auch außerhalb ihrer Arbeitsstätte vor Angriffen geschützt werden müssen. Dies umfasst sowohl den Schutz ihrer persönlichen Daten durch eine vereinfachte Auskunftssperre als auch gezielte Sicherheitsmaßnahmen im privaten Umfeld.

Die steigende Zahl an Übergriffen auf Justizvollzugsbeamte zeigt deutlich, dass die Sicherheitslage für diese Berufsgruppe immer prekärer wird. Es ist höchste Zeit, dass der Staat umfassende Maßnahmen ergreift,

um diese Mitarbeiter und ihre Familien zu schützen. Der BSBD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Belange der Justizvollzugsbeamten in der politischen Diskussion nicht ignoriert werden, und fordert eine klare Positionierung der Politik, des BMI und des BMJ zu diesen dringenden Themen. Die Information der Öffentlichkeit durch die Medien und gewerkschaftspolitische Diskurs mit den politischen Akteuren bleiben dabei elementare Aufgaben.

Bundesvorsitzender  
René Müller

- Anzeige -



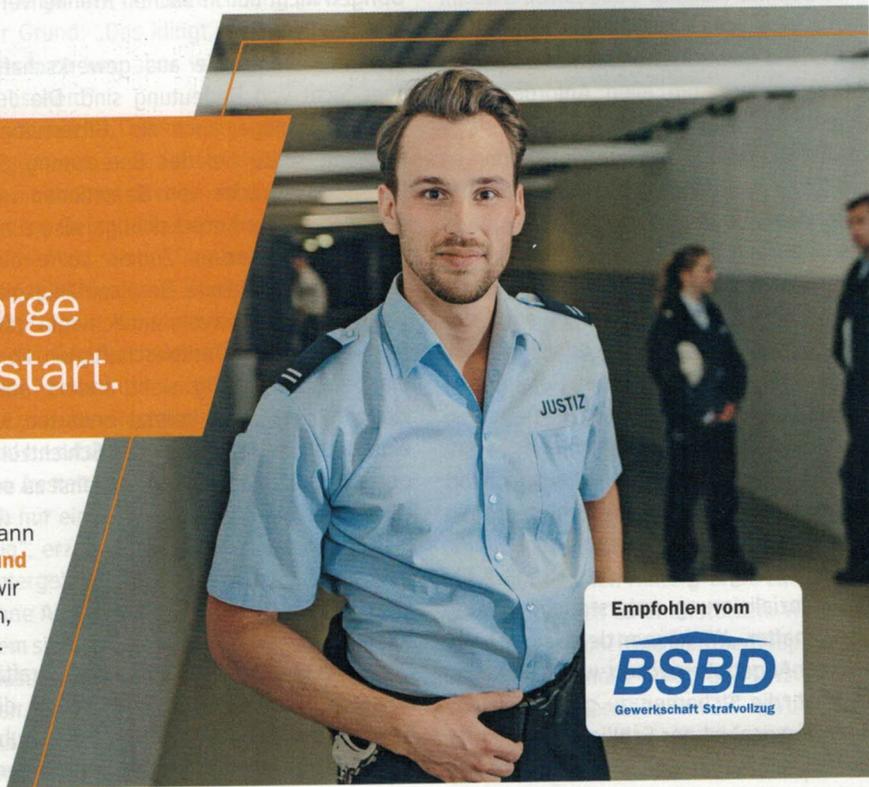
Für Dienstanfänger:innen

## Sichere Sache: Schutz und Vorsorge für Ihren Karrierestart.

Gerade erst im Job eingestiegen? Dann sollten Sie jetzt die Themen **Sicherheit und Vorsorge** richtig regeln. Dabei können wir Ihnen helfen. Mit Beratung und Leistungen, die immer zu Ihrer Lebensphase passen. Mit dem Schutz, den Sie brauchen – und mit **exklusiven Beitragsvorteilen für BSBD-Mitglieder.**



Ihre **persönlichen Berater:innen vor Ort** finden Sie über den QR-Code.



Eine Marke der AXA Gruppe

## „Mehr Personal ist der Schlüssel“

### Was sich in Deutschlands Gefängnissen ändern muss

**Zu wenig Leute, mehr Gewalt: Im Justizvollzug sehen sich die Beschäftigten mit schwierigen Bedingungen konfrontiert. Zwei Gewerkschafter schlagen Alarm.**

„Polizeimeldungen, Gerichtsreportagen, all das findet in den Medien viel Beachtung, und das auch zu Recht“, sagt René Müller, Bundesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD). „Aber was sich hinter den Gefängnismauern abspielt, ist in der Öffentlichkeit kaum ein Thema. Dabei ist ein gut funktionierender Justizvollzug zentral für die innere Sicherheit.“

Und aktuell gibt es zu viel, was nicht funktioniert, beklagt der BSBD, und fordert von der Politik, konsequent gegenzusteuern. Die Gewerkschaft zählt etwa 25.000 Mitglieder, insgesamt gibt es bundesweit im Justizvollzug etwa 38.000 Beschäftigte.

#### 1. Personalmangel bekämpfen

Es gibt Haftanstalten, in denen auf 70 Gefangene nur ein Beamter beziehungsweise eine Beamtin kommt. Bundesweit sind im Justizvollzug etwa 2.000 Planstellen unbesetzt. Laut Gewerkschaft bräuchte es noch 2.000 weitere, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Doch die Bewerberlage ist dürrig. Viele Bundesländer schaffen es nicht, alle Ausbildungsplätze zu besetzen. Dem gegenüber steht eine zunehmende Gewaltbereitschaft bei den Gefangenen untereinander, aber auch gegen Beschäftigte. So erleben es die Mitglieder der Gewerkschaft in ihrem Berufsalltag. Außerdem nehme die Zahl der Gefangenen mit psychischen Problemen zu, berichten sie. Müller: „Grund dafür ist unter anderem, dass im Maßregelvollzug nicht ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen, um die Betroffenen überhaupt zu betreuen.“

Diese Gemengelage ist nicht zuträglich für die Resozialisierung, unterstreicht der Gewerkschafter. „Wir können den Gefangenen weniger Angebote machen, weil es schwieriger ist, die Sicherheit zu gewährleisten. Mehr Personal ist der Schlüssel“ – auch in Hinblick auf Sozialarbeit und Therapie. Weiterhin kritisiert er, dass Beschäftigte in den Abteilungen zu oft alleine sind. „Zwei sollten es mindestens sein. Es ist schon etwas befremdlich, dass wir als Gewerkschaft diese Forderung stellen müssen. Aber es unterstreicht den Ernst der Lage.“

#### 2. Arbeitsbedingungen verbessern

Um mehr Personal zu gewinnen, gilt es, an verschiedenen Stellschrauben zu drehen, vor allem an der finanziellen – das ist für René Müller zentral. Er verweist darauf, dass es in der vergangenen Tarifrunde gelungen ist, die Zulage für Beschäftigte in den Pflegeberufen des Justizvollzugs auf den gesamten Geltungsbereich des Tarifvertrags der Länder (TV-L) auszudehnen.

„Das ist ein zweifelsohne ein Erfolg, aber es ist noch vieles offen“, sagt der Bundesvorsitzende. Ein Beispiel: Anders als etwa bei der Polizei können Beamtinnen und Beamte im Justizvollzug die Heilfürsorge nicht in allen Bundesländern in Anspruch nehmen. Das geht ausschließlich in Baden-Württemberg und Sachsen. In den übrigen Bundesländern müssen sie sich privat versichern, was mit höheren Kosten verbunden ist. „Da fragen sich die Kolleginnen und Kollegen schon, ob ihre Arbeit weniger wert ist als die Arbeit der Feuerwehr und Polizei. Wir brauchen in ganz Deutschland einheitliche Standards im Justizvollzug, im Übrigen nicht nur in Sachen Krankenversicherung.“

Weitere Punkte, die aus gewerkschaftlicher Sicht von Bedeutung sind: Die Justizvollzugszulage, auch als „Gitterzulage“ bekannt, sollte bei der Berechnung der Pensionsansprüche von Beamtinnen und Beamten immer berücksichtigt, also ruhegehaltstauglich werden. Zudem sollte eine arbeitgeberfinanzierte Berufsunfähigkeitsversicherung selbstverständlich sein. „Die fehlt im Fall der Tarifbeschäftigten komplett, Wertschätzung sieht anders aus“, klagt Müller. „Nicht zuletzt erwarten wir eine deutliche Anhebung der Schichtzulagen und der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten.“

#### 3. Bundesgefängnisse für Extremisten schaffen

Der BSBD setzt sich dafür ein, dass Straftäterinnen und Straftäter, gegen welche die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe wegen Extremismus ermittelt, künftig in zentralisierten Bundesgefängnissen untergebracht werden – idealerweise direkt vor Ort. Dies würde die Justizvollzugsanstalten unmittelbar entlasten, weil aufwendige Transporte wegfälen und es leichter wäre, die Trennung der Gefangenen sicherzustellen,

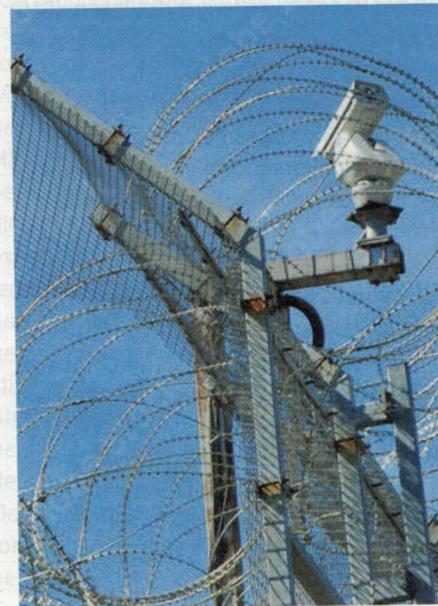


Foto: stock.adobe.com

erklärt BSBD-Chef Müller. „Und es ließe sich effektiv verhindern, dass Reichsbürger und Islamisten andere Gefangene für ihre Sache rekrutieren. Man könnte auch viel gezielter mit Aussteigerprogrammen ansetzen.“

#### 4. Mehr auf die Bedürfnisse junger Menschen eingehen

„Alle genannten Punkte würden dazu beitragen, Berufe im Justizvollzug für potenzielle Fachkräfte, die wir so dringend brauchen, attraktiver zu machen“, sagt Bundesjugendsprecher Philipp Weimann. Für ihn ist auch die Dienstausrüstung ein Knackpunkt: „Gerade junge Menschen erwarten eine zeitgemäße Technik!“ – da könne der Dienstherr in vielen Fällen noch nachlegen, zum Beispiel, was die Funktechnik betrifft. Sinnvoll sei nicht zuletzt, eine Vollzugsakademie für die Ausbildung ins Leben zu rufen, um bundesweit einheitliche Qualitätsstandards in der Ausbildung zu gewährleisten.

Trotz allem schätzt der junge Gewerkschafter seinen Job. „Unser Beruf ist extrem spannend, man weiß morgens nie, was einen tagsüber erwartet“, berichtet er. „Und vor allem ist er gesellschaftlich von enormer Bedeutung. Umso wichtiger ist es, dass die Politik im Sinne der Nachwuchskräfte längst überfällige Reformen endlich anpackt.“

Christoph Dierking

## Viel mehr als Schließen

### Wie eine Beamtin junge Straftäter durch die Haftzeit begleitet

**Sie schließt den ganzen Tag nur Türen auf und wieder zu? Stimmt nicht, unterstreicht eine Justizvollzugsbeamtin und führt durch ihren Arbeitsalltag, um das Klischee zu widerlegen. Situationen können in Sekundenschnelle kippen.**

Das Alte Land, bei Hamburg: Wenig deutet darauf hin, dass sich mitten im Urlaubsgebiet ein Gefängnis befindet. Gestresste Städter entspannen auf dem Deich an der Elbe, Feinschmecker lassen es sich in den Gaststätten gutgehen und manch ein Radfahrer flucht, wenn der Wind aus der falschen Richtung kommt. Nur ein Schild am Straßenrand gibt einen Hinweis: „Durchfahrt zur JVA für Anlieger frei.“

Wer weiterfährt, passiert Höfe und Plantagen. Landwirte bieten Äpfel, Kirschen und Stachelbeeren zum Verkauf an. Aus eigener Ernte, versteht sich. Im Norden ist das Alte Land für den Obstanbau bekannt.

Hinter einer Kurve plötzlich gestreifte Barken, Vollsperrung, Baustelle. Jetzt geht es nur noch nach links auf die Insel. Dann heißt es: Stacheldraht statt Stachelbeeren, Schlagbaum statt Obstbaum. Ein mächtiges Tor versperrt den Weg, davor ein Parkplatz, auf dem ein junger Mann steht und raucht. Er fragt eine Familie, die im Auto wartet, ob er helfen kann. Selbst sei er für den Arrest hier, erwähnt er beiläufig.

Die JVA Hahnöfersand – JVA steht für Justizvollzugsanstalt – ist ein Gefängnis für junge Straftäter im Alter von 14 bis 24 Jahren und liegt auf der gleichnamigen Elbinsel. Hier arbeitet Justizvollzugsbeamtin Dammann. Ihren Vornamen, ihr Alter, woher sie gebürtig kommt, möchte sie nicht öffentlich preisgeben. „Je weniger Persönliches über mich im Netz steht, desto besser“, sagt Dammann, die sich im Landesverband Hamburgischer Strafvollzugsbediensteter (LVHS) engagiert.

Auch, wenn der Job manchmal fordernd ist, macht sie ihn sehr gerne, und das von Beginn an, erzählt die Frau mit dem blonden, geflochtenen Zopf. Besonders schätzt sie die vielen Facetten, die Arbeit mit herausfordernden Charakteren findet sie spannend und bereichernd. „Die jungen Menschen haben nicht nur schlechte Seiten, wir haben hier auch viel Spaß. Ich bin Ansprechpartnerin, Erzieherin und im Idealfall Begleiterin in ein Leben ohne Kriminalität.“ Umso mehr stört es Dammann, dass sich



„Schließerin“ – diese Bezeichnung ist Justizvollzugsbeamtin Dammann ein Dorn im Auge. Um Vorurteile zu widerlegen, führt sie durch ihren Arbeitsalltag in der JVA Hahnöfersand bei Hamburg.

der Begriff „Schließer“ im Sprachgebrauch hartnäckig hält. „Wir schließen ja nicht bloß Türen“ – das sei vielleicht früher mal so gewesen, trifft jedoch nicht mehr zu. Ebenso ein Relikt aus der Vergangenheit und nicht gerne gehört: die Bezeichnung „Wärter“ – der Grund: „Das klingt, als hätten wir mit Tieren zu tun, aber wir arbeiten hier mit Menschen!“

Heute möchte Dammann gegensteuern und zeigen, was ihr Arbeitsalltag alles umfasst. Sie ist auch im offenen Vollzug beschäftigt, in dem Gefangene tagsüber das Leben in Freiheit erproben. Das beinhaltet: mit ihnen einkaufen oder einen Personalausweis beantragen. Kontrollieren, ob sie wirklich in der Berufsschule sind. Mit Lehrkräften über Fortschritte und Probleme sprechen. Kurzum: die Resozialisierung vorantreiben und beaufsichtigen. Abends müssen alle in die Anstalt zurückkehren. „Aktuell betreue ich nur einen Gefangenen im offenen Vollzug“, erzählt Dammann. Die anderen dort untergebrachten Gefangenen hätten sich ohne Absprache aus dem Außenbereich, in dem sie sich bewegen durften, entfernt und mussten deshalb zurück in den geschlossenen. Mit anderen Worten: rund um die Uhr auf Hahnöfersand bleiben, auf der Insel hinter den Zäunen.

Der Beamte am Tor drückt den Knopf, der Schlagbaum klappt hoch, der Weg zur Anstalt ist frei. Anwältinnen, Sozialarbeiter, Angehörige von Gefangenen, alle müssen sich anmelden, ohne Erlaubnis kommt niemand durch. Nur die Tierwelt kümmert die

Absperrung nicht. Schwalben fliegen mit waghalsigen Manövern über sie hinweg, Raubvögel ziehen am Himmel unbeirrt ihre Kreise. Im Frühjahr hat es sogar ein Wolf auf die Insel geschafft – wie genau, ist unklar – und Schafe gerissen. Das berichtet die Lokalpresse. Heute grasen die Tiere ungestört auf dem Deich.

### Was die Sozialtherapie leisten soll

Dammann ist seit frühmorgens im Dienst im Haus 3, in der Sozialtherapie. Alle, die hier einsitzen, haben schwere Straftaten begangen. Körperverletzungen, versuchter Totschlag, Vergewaltigungen. Und alle gelten als besonders rückfallgefährdet. In der Sozialtherapie geht es darum, intensiv zu begleiten, Persönlichkeiten weiterzuentwickeln, dabei zu helfen, problematische Verhaltensmuster abzulegen.

Ob sich die Justizbeamtin mit den Taten der jungen Menschen befasst? „Natürlich weiß ich grob Bescheid“ – aber es sei viel wichtiger, die sozialen Hintergründe zu kennen, um bestmöglich zu unterstützen. Wie sieht das Umfeld aus? Gab es überhaupt so etwas wie elterliche Fürsorge? Letzteres ist keine Selbstverständlichkeit. „Wir haben hier Leute, denen hat nie jemand gezeigt, wie Zähneputzen funktioniert.“

Und für einige ist es eine völlig neue Erfahrung, dass sie morgens jemand mit einem freundlichen „Guten Morgen“ weckt. Pünktlich, ab 6.45 Uhr, schließen die Beamtinnen und Beamten die Türen auf, ein strukturierter Tag beginnt. Dammann grüßt

alle mit Namen. Einen guten Umgang vorleben, Vorbild sein, das ist ihr wichtig. Nach dem Frühstück, um halb acht, rücken die Gefangenen aus. „Ausrücken“, das sagt man im Gefängnis so; es bedeutet „zur Arbeit gehen“ – oder eben zur Ausbildung.

### Suizide im Justizvollzug

Ebenfalls Gefängnisprech: die sogenannte „Lebendkontrolle“, die zeitgleich mit dem Wecken stattfindet. Einen vollendeten Suizid hat die junge Justizbeamtin auf Hahnöfersand noch nicht erlebt. In einer Haftanstalt für Erwachsene hingegen schon. „Es war das erste Mal, dass ich einen toten Menschen gesehen habe“, erinnert sie sich. „Das kann leider zum Job gehören.“ Alle Beschäftigten, die mit Suiziden konfrontiert waren, können psychologische Hilfe in Anspruch nehmen. „Ich habe das damals nicht gebraucht, die Gespräche mit erfahrenen Kollegen haben mir gut geholfen.“

Am Vormittag wird es mitunter stressig: Ein Gefangener hat einen Termin beim Arzt, ein anderer mit seinem Anwalt, wiederum ein anderer muss zum Gericht, außerdem warten Anträge, die alle gestellt haben, die Besuch empfangen wollen. Und das wollen die meisten. „Wenn der Besuch dann kommt, müssen wir ihn natürlich beaufsichtigen“, sagt Dammann und deutet in einen Raum mit sechs Tischen. Die jungen Männer und ihre Gäste, höchstens zwei, müssen sich gegenüber sitzen. Die Tischplatten sind aus



*Haftplätze für Frauen gibt es auf Hahnöfersand nicht – sie sind unter anderem in der JVA Vechta untergebracht.*



*Mittagszeit: Das Essen in der Mensa bereiten die Gefangenen zu.*



*Hat Besucherinnen und Besucher genau im Blick: Justizvollzugsbeamtin Dammann.*



*Der Besucherraum: Gleichzeitig können höchstens sechs Gefangene Besuch empfangen.*

Glas, was illegale Übergaben – von was auch immer – erschwert. Ganz hinten im Raum befindet sich eine Spielecke für Kinder. Unter den Gefangenen sind Väter.

„Eltern dürfen immer kommen, Freunde nicht unbedingt“, sagt Peter Vetter. „Denn es wäre nicht zuträglich, wenn ausgerechnet der Mittäter vorbeischaute.“

Vetter ist studierter Psychologe und seit 2016 Leiter der JVA auf Hahnöfersand. Dass Besucherinnen und Besucher etwas hereinschmuggeln, sei trotz Kontrollen nicht vollständig zu unterbinden. Und ja, Drogen seien ein Thema, wie überall im Strafvollzug. „Es ist ein Räuber- und Gendarmenspiel“ – immerhin: Sogenannte Mauerwürfe, mit denen Außenstehende Drogen, Handys oder gar Fluchtwerkzeuge in die JVA schmuggeln, würden auf der Insel keine Probleme bereiten. „Die lassen sich hier einfach schlecht umsetzen.“

### Bildungs- und Bindungsverlierer

80 Prozent der jungen Gefangenen haben keinen Schulabschluss, es handelt sich um Bindungsverlierer, oft aus sozial benachteiligten Stadtteilen. Viele sind gleichzeitig Bindungsverlierer. Vor allem in diesen Fällen übernehmen die Beschäftigten im Vollzug eine gewisse elterliche Funktion: „Sie zeigen Grenzen auf, sind aber auch Bezugs-

personen, die auffangen und zuhören“, erklärt Vetter. Von zart bis hart, abhängig von der Situation gelte es, den richtigen Ton zu treffen.

Doch manche Gefangene sind weder Bildungs- noch Bindungsverlierer: „Sexualstraftäter gibt es in allen sozialen Schichten.“

Das Gefängnis spiegelt gesellschaftliche Entwicklungen, auch straffällig gewordene, unbegleitete Geflüchtete verbüßen auf Hahnöfersand ihre Haftstrafe, berichtet der Anstaltsleiter. „Sie mussten sich durchschlagen und sind durch ihre oft traumatischen Fluchterfahrungen verletztlich, aber oft auch abgestumpft und abgehärtet“ – das habe Folgen für die praktische Arbeit. Zwar komme Gewalt, die sich direkt gegen Beschäftigte richtet, auf der Insel kaum vor. Aber unter Gefangenen durchaus. Außerdem gilt: „In vielen Fällen müssen wir erstmal mit Alphabetisierungs- und Deutschkursen ansetzen.“

Wer zum Jugendarrest auf die Insel muss, bleibt höchstens vier Wochen, das ist die Höchstdauer, die das Jugendstrafrecht für diese Vollzugsform vorsieht. Wenn man so will, handelt es sich um einen letzten Warnschuss; kommt es zu weiteren Straftaten, folgt meist eine Jugendstrafe. „Die zu einer Haftstrafe verurteilten Jugendlichen bleiben etwa zweieinhalb bis drei Jahre“, sagt Vetter. Ganz entscheidend sei, den Betroffenen Bildungsangebote zu machen. Die Gefangenen können auf dem JVA-Gelände Ausbildungen absolvieren – zum Schlosser, Tischler, Lagerlogistiker oder Maler.

### Cabonara in der Mensa

Gleich gibt's Mittagessen, die Gefangenen kommen von der Arbeit, beziehungsweise: Sie rücken ein. Ein junger Mann trägt eine weiße Hose mit Farbflecken, er lernt das Malerhandwerk. Die anderen tragen dunkelblaue Hosen und dunkelgrüne T-Shirts, sie haben bis eben auf dem Gelände Rasenkanten abgestochen. Von dem verdienten Geld können sie im Anstaltsladen einkaufen. Arbeiten in der JVA ist Pflicht, so will es das Gesetz.

Von der Station bewegt sich die Gruppe in Richtung Kantine, die jungen Männer lachen, tauschen sich aus. Dammann läuft ganz hinten, eben hat sie still durchgezählt, ob alle da sind. Routine. Neben ihr der Kollege Klaas – Klaas ist der Nachname, auch er möchte sich in Hinblick auf weitere persönliche Informationen bedeckt halten. Wer fest in der Sozialtherapie arbeitet, ist ohne Uniform unterwegs: Deshalb trägt der Beamte im mittleren Dienst ein schlichtes T-Shirt und dunkle Jeans. Das Funkgerät



Blick aus einem Haftraum der Sozialtherapie: Einschluss ist ab 19 Uhr, nach der Stationsfreizeit.

am Gürtel rauscht in regelmäßigen Abständen. „Man hört immer mit einem Ohr mit“, erzählt Klaas. „Situationen können innerhalb von Sekunden kippen.“ Passiert etwas Ernstes, eilen sich die Beschäftigten in der JVA gegenseitig zur Hilfe.

Durch ein Tor, über den Hof, durch eine Schleuse, die sich nur öffnet, wenn der Beamte hinter der Glasscheibe es zulässt – das Gelände auf Hahnöfersand ist weitläufig. Der gläserne Vorbau der Kantine mutiert bei sommerlichen Temperaturen zur Wärmeschleuse. Wer essen will, muss durch die heiße Luft. Heute auf dem Speiseplan: Pasta Cabonara.

Und dann kippt die Situation. Ein junger Mann fühlt sich durch etwas gestört, springt auf, der Stuhl schellt nach hinten, poltert, ein Mitgefangener hält ihn, ruft, dass alles gut ist. Klaas und Dammann sind sofort da. Er bringt den jungen Mann zurück zur Station, sie erklärt: „Wenn jemand ein Problem hat, soll er vernünftig darüber sprechen. Aggressives Verhalten dulden wir nicht.“

Der Vorfall war harmlos. Später im Büro der Sozialtherapie – die Gefangenen sind wieder zur Arbeit ausgerückt – erzählt Klaas, dass es auch ganz anders kommen kann: Einmal hat ein Jugendlicher einem anderen, der sich gerade die Schnürsenkel zuband, das Knie ins Gesicht gerammt. „Das kam für mich völlig überraschend, quasi aus dem Nichts.“

Wenn so etwas passiert, wird alles erzieherisch oder disziplinarisch aufgearbeitet, bei schwerem Fehlverhalten wie Tötlichkeiten und Bedrohungen immer Anzeige erstattet. „Manche haben in der gesamten Haftzeit vielleicht ein oder zwei Disziplinarverfahren“, sagt Dammann. „Andere dagegen wöchentlich eins.“

Im Büro, von dem sich die beiden Flure mit den Hafträumen gut überblicken lassen,



Dammann und ihr Kollege Klaas: Heute arbeiten die beiden gemeinsam in der Sozialtherapie.

hängt ein Whiteboard, darauf die Namen der Gefangenen. Wer Mist baut, erhält einen roten Punkt. Wer positiv auffällt, einen blauen. Das System erinnert an lächelnde oder weinende Smileys, die Lehrkräfte miteinander ins Aufgabenheft malen.

### Kreativität bei Verstecken kennt keine Grenzen

Dammann streift sich Einweghandschuhe über, ihr Kollege ebenfalls: Dann laufen sie, vorbei am Stationstelefon, den Flur hinunter. Haftraumkontrolle. Die erfolgt grundsätzlich zu zweit, damit sich die Vollzugskräfte gegenseitig bezeugen können, wenn sie etwas finden. Zum Beispiel nicht abgegebene Werkzeuge, geschmuggelte Minihandys oder Drogen.

Tageslicht scheint in das schmale, längliche Zimmer. Links, direkt neben der Tür, eine Toilette mit Waschbecken, abgetrennt durch einen Sichtschutz. Rechts an der Wand ein Bett, darüber eine Bilderleiste. Am Fenster ein zusätzliches, engmaschiges Gitter. Dieses verhindert, dass die Gefangenen ihren Müll einfach hinauswerfen.

Klaas hebt eine leere Getränkepackung, der Strohalm steckt noch, vom Boden auf, schüttelt den Kopf. Dammann tastet sorgfältig die Poster ab, durchsucht die Kleidung im Schrank. Sie kontrolliert auch weniger offensichtliche, mögliche Verstecke, die allerdings nicht zur Inspiration im Netz stehen sollen. Nur so viel: „Die Jugendlichen sind extrem erfinderisch, die Kreativität kennt keine Grenzen.“

Heute ist der Raum sauber, abgesehen von einem Tischtennisschläger, den hat der Zimmerbewohner nicht abgeben. Ein guter Tag, nicht zuletzt für die Einrichtung: Es kommt vor, dass Gefangene nicht besonders sorgsam mit ihr umgehen. Wer Brandflecke auf dem Matratzenschoner

hinterlässt, muss diesen von dem in Haft erarbeiteten Geld ersetzen.

Gemeinsam kichern und kochen: Dammann gefällt es, dass es im Job auch mal locker zugeht. „Trotz allem haben wir immer noch mit jungen Menschen zu tun, die offen und neugierig sind, die den Kontakt mit uns einfordern und schätzen“ – das sei im Erwachsenenenvollzug anders. Klaas sieht es ganz ähnlich: Er leitet Sportgruppen, mal bietet er einen Führerscheinkurs an und vermittelt Verkehrstheorie. Das kommt bei den Gefangenen gut an, die neulich unaufgefordert eine große Putzaktion gestartet haben, erzählt der Beamte – das wiederum kommt beim Personal gut an. „Dafür gab's natürlich reichlich blaue Punkte. Wir haben hier Tage, da läuft's einfach!“

19 Uhr, nach der Stationsfreizeit, müssen alle zurück in ihre Hafträume. Dann endet für Dammann und Klaas, nach dem Einschluss und der Übergabe an den Nachtdienst, eine Zwölf-Stunden-Schicht.

Hin und wieder sehen die beiden Gefangene auf der Insel wieder, die ein Gericht zu einer weiteren Haftstrafe verurteilt hat. Der Drehtüreffekt bleibt nicht aus.

Aber es gibt auch Ehemalige, die schreiben oder anrufen, um zu berichten, wie es ihnen draußen ergeht. Anstaltsleiter Vetter bekommt manchmal Weihnachtspost. Bemerkenswert: Ein Gefangener hat im Vollzug die Ausbildung zum Lagerlogistiker gemacht und als Jahrgangsbester abgeschnitten, bezogen auf ganz Hamburg. Die Handelskammer würdigte das mit einer Auszeichnung.

Erfolgsgeschichten, die wohl nicht möglich wären, wenn alle Beschäftigten im Justizvollzug bloß Türen abschließen würden.

Christoph Dierking  
Fotos (7): cdi

## Kein Taktieren bei der Einführung der Pflegezulage für Beschäftigte in Gesundheits-Pflegeberufen im Justizvollzug

Die Tarifvertragsparteien haben im Rahmen der jüngsten Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) ein bedeutendes Ergebnis erzielt. Diese Einigung sieht vor, dass Beschäftigte im Gesundheitswesen und in Pflegeberufen innerhalb des Justizvollzugs eine Pflegezulage erhalten.

### Pflegezulagen zur Stärkung der Gesundheitsberufe im Justizvollzug

Mit Wirkung zum 1. Januar 2024 wird für die im Krankenpflegebereich tätigen Beschäftigten eine monatliche Zulage in Höhe von 143,92 Euro gewährt. Andere Beschäftigte in Gesundheitsberufen erhalten eine Zulage von 71,96 Euro pro Monat. Diese finanzielle Unterstützung soll dazu beitragen, die Attraktivität der Arbeitsplätze in Gesundheitsberufen im Justizvollzug zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit bei der Anwerbung und Bindung von qualifizierten Fachkräften im Vergleich zu anderen öffentlichen Trägern zu stärken.

„Die Einführung der Pflegezulage ist ein entscheidender Schritt zur Anerkennung der wertvollen Arbeit unserer Beschäftigten in den Gesundheitsberufen des Justizvollzugs“, erklärte der Vorsitzende des BSBD, René Müller. „Sie ist nicht nur eine wichtige finanzielle Anerkennung, sondern auch ein Zeichen dafür, dass wir die Bedeutung dieser Berufe für das Justizvollzugssystem schätzen und fördern.“

Umso unverständlicher ist es, dass einige Bundesländer zögern und sich offenbar der Umsetzung der vollen Pflegezulage für alle im Justizvollzug beschäftigten Gesundheitsberufe widersetzen. Es ist inakzeptabel,



Foto: jonasginter / stock.adobe.com

bel, dass Krankenpflegekräfte, die in den Ambulanzen der Justizvollzugsanstalten tätig sind, lediglich die geringere Zulage von 71,96 Euro erhalten sollen, während ihnen gemäß der Tarifvereinbarung die höhere Zulage von 143,92 Euro zusteht.

Der BSBD betont eindringlich, dass auch diese Fachkräfte in vollem Umfang Anspruch auf die vollständige Pflegezulage haben. Die Weigerung, ihnen die volle Zulage zu gewähren, steht im Widerspruch zum erzielten Tarifabschluss und untergräbt die Bemühungen, die Attraktivität der Gesundheitsberufe im Justizvollzug zu erhöhen und qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten.

Es ist von größter Bedeutung, dass die vereinbarten Zulagen ohne Einschränkungen und Verzögerungen umgesetzt werden. Der BSBD wird sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass alle Beschäftigten die ihnen zustehende Unterstützung erhalten und appelliert an die Verantwortli-

chen in den Bundesländern, ihrer Verpflichtung nachzukommen und die Pflegezulagen vollumfänglich zu gewähren.

### Übernahme der Pflegezulage für Beamte im Justizvollzug

Wir fordern eindringlich, dass die Pflegezulage zeitnah und in vollem Umfang auch auf unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsbereich des Justizvollzugs übertragen wird. Es ist unerlässlich, dass die gleichen attraktiven und fairen Arbeitsbedingungen, die für die tariflich Beschäftigten vereinbart wurden, auch für Beamte gelten. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug die Anerkennung und Unterstützung erhalten, die sie für ihre unverzichtbare Arbeit im Gesundheitswesen verdienen.

René Müller  
Bundesvorsitzender

- Anzeige -

- Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

# BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

**Unser Versprechen:** „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de** • Nulltarif • 0800-33 10 332  
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälathöing-Str. 19 • 46325 Borken



## Tarifabschluss und Tarifpolitik im Mittelpunkt

### Seminar für Interessierte in Erfurt

Noch beeindruckt von den Tarifverhandlungen Ende 2023 und dem im Dezember geschlossenen Tarifvertrag trafen sich Interessierte an der Tarifpolitik und der zukünftigen Tarifentwicklung zu einem Seminar in Erfurt. Neben dem für die Tarifarbeit auf der BSBD Bundesebene zuständigen Kollegen Sönke Patzer war auch Bundesvorsitzender René Müller als Dozent und Teilnehmer nach Erfurt ange- reist.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad hatte ein interessantes und informatives Programm vorbereitet. Nach einer Vorstellungsrunde stieg der Bundesvorsitzende in die Thematik ein. René Müller berichtete über die vom BSBD Bund und den Landesverbänden durchgeführten Aktionen. Er dankte der Hamburger Kollegin Fenna Grehm, die insbesondere für die Beschaffung und Organisation der Werbematerialien zuständig war. Nur wenn wir unsere Forderungen knapp und präzise auf unsere Plakate und Banner bringen, so René Müller, können wir bei der Arbeitgeberseite Aufmerksamkeit erreichen. Noch nie war der BSBD Bund zusammen mit den Landesverbänden so intensiv als Fachgewerkschaft präsent bei den Tarifveranstaltungen.

gen. Dank gilt in diesem Zusammenhang den Tarifvertretern/innen der Länder und dem Planungsstab auf BSBD Bundesebene, die maßgeblich an der Organisation und Durchführung beteiligt waren.

Den zweiten Seminartag eröffnete der Kollege Sönke Patzer aus Schleswig Holstein. Er ist unser BSBD-Vertreter in der Runde der dbb-Tarifkommission. Er vermittelte zunächst die Basics der Tarifverhandlungen. Am Nachmittag beschäftigte sich die Seminargruppe mit der Geschichte der Stadt Erfurt. Bei einem geführten Stadtrundgang konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Faszination der historischen Stadt erfahren. Erfurt ist nicht nur die größte Stadt in Thüringen, es ist auch eine beeindruckende und sehenswerte Stadt im Herzen Deutschlands. Neben den beiden Wahrzeichen der Stadt, dem Dom St. Marien und der St. Severi Kirche, wurde auch die Krämerbrücke besucht. Interessant war auch die Altstadt mit dem jüdischen Viertel und der Synagoge.

„Ziele des BSBD in der gewerkschaftlichen Ausrichtung für Beamte und Tarifkräfte“ und „Die ungewisse Zukunft der Arbeitsentlohnung, Besoldung, Renten und Pensionen“ – diese Themen hatte sich der Bundesse-

minarleiter Winfried Conrad für sein Referat ausgesucht. Werden zukünftig die Tarifabschlüsse noch auf die Beamten und Pensionäre übertragen? Wenn ja, in welcher Höhe oder mit Abschlägen? Conrad zeigte deutlich auf, dass sich die Pensionslasten im Bund und in den Ländern in den nächsten Jahren dramatisch erhöhen werden. In der Rentenkasse sieht es nicht besser aus, so der Referent. Auch hier muss die Politik endlich die Absicherung der nächsten Jahre und Generationen durch intelligente Maßnahmen nachhaltig gewährleisten.

Damit endete das Seminar der Tarifvertreterinnen und -vertreter. ■



## Seniorenarbeit im BSBD Hessen

### In den Ortsverbänden sollte Seniorenvertreter in den Vorstand gewählt werden

Die Seniorenarbeit im BSBD Hessen wird von den Kollegen Thomas Pulwer und Günter Kowalski getragen. Der BSBD Hessen hat 240 Pensionärinnen und Pensionäre. Dies entspricht in etwa einem Anteil von 20 Prozent der Gesamtmitglieder im BSBD Hessen.

Seniorenarbeit im BSBD Hessen bedeutet für uns zunächst Aufbau einer Informations- und Kontaktstruktur. Jede/r Neupensionär/ in wird mit einem persönlichen Anschreiben im Kreise der BSBD-Senioren/innen begrüßt. Damit verbunden ist das Angebot über die Seniorenvertretung, die Vermittlung des Bezugs der Verbandszeitschrift „Der Vollzugsdienst“ sowie das Angebot der Aufnahme in einen E-Mail-Verteiler der BSBD Hessen Seniorenvertretung, in dem aktuelle Informationen des BSBD Hessen, des dbb Hessen sowie der BSBD-Bundes-seniorenvertretung regelmäßig einmal im

Monat verteilt werden. Kontakt zu unseren Seniorinnen und Senioren halten wir zudem, indem wir Grüße zu runden Geburtstagen und ab dem 75. Lebensjahr jährlich Geburtstagsgrüße versenden.

Die BSBD Seniorenvertretung Hessen unterstützt Pensionärinnen und Pensionäre auch in diversen Fragestellungen zu Beihilfe, Pension etc. Im BSBD Hessen ist Günter Kowalski in Personalunion zugleich auch Rechtsschutzbeauftragter des BSBD Hessen.

In der über den BSBD Hessen hinausgehenden Verbandsarbeit sind wir beteiligt, indem wir an den Senioren/innen-Tagungen des dbb Hessen sowie an den Tagungen des BSBD-Bund teilnehmen.

Für die Zukunft würden wir uns wünschen, dass die Ortsverbände im BSBD Hessen

Pensionäre/innen eine/n Pensionärsvertreter/in in ihre Ortsverbandsvorstände wählen lassen würden um somit die Kontakte zwischen den Ortsverbänden und den Pensionären/innen vor Ort zu intensivieren. Dies erscheint uns wichtig, denn leider erhalten wir auch immer wieder mal eine Rückmeldung von Pensionären/innen, dass sie sich von ihren Ortsverbänden außen vor gelassen fühlen. Auf der Grundlage einer breiten Seniorenarbeit schon aus den Ortsverbänden heraus könnten dann gezielte Informationsveranstaltungen der BSBD-Seniorenvertretung konzipiert werden.

Günter Kowalski,  
Fachgruppenvertreter Pensionärinnen und Pensionäre im BSBD Hessen ■

## Der Bundesseniorenausschuss tagte

Turnusgemäß trafen sich auch in diesem Frühjahr die Mitglieder des Bundesseniorenausschusses zu einer Arbeitssitzung. Eingeladen hatte der Bundesseniorensprecher Winfried Conrad. Erfreulicherweise waren fast alle Seniorenvertreter seiner Einladung gefolgt.

Nach kurzer Eröffnung, Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung stiegen die Anwesenden umgehend in die Beratungen ein. Zunächst berichtete Conrad über die Sitzung des Bundesseniorenkongresses Ende 2023 in Berlin. Das höchste Gremium der dbb Senioren trifft sich alle vier Jahre, auch um eine neue Führungsmannschaft zu wählen. Nach dem Kurzbericht erörterten die Kollegen und die anwesende Kollegin den Vorschlag des Bundesseniorensprechers, regelmäßig eine Seite des Vollzugsdienstes mit Seniorenthemen zu füllen. Der Vorschlag wurde ohne Gegenrede aber nach intensiver Diskussion angenommen. Anschließend wurde intensiv und sehr engagiert der Ausgang und die Umsetzung

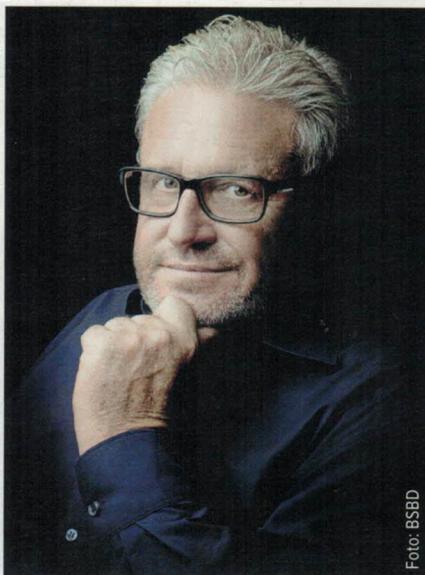


Foto: BSBD

Winfried Conrad

des neuen Tarifvertrages TvL erörtert. Begrüßt wurde ausdrücklich die Tatsache, dass fast alle Bundesländer die Einkommenserhöhungen und Verbesserungen

auch auf den Bereich der Ruhestandsbeamtinnen und -beamten übertragen möchten. Hitzig diskutiert wurde, inwieweit in der Zukunft diese Regelung auch weiterhin so umgesetzt wird.

Im Anschluss berichteten die Landesvertreter über ihre Aktivitäten in den einzelnen Landesverbänden. Überall werden Bemühungen unternommen, unseren pensionierten Kollegen und Kolleginnen sowie den Rentnern und Rentnerinnen auch weiterhin in der Gewerkschaft eine Heimat zu geben. Auch auf das Seniorenseminar in Regensburg wurde zurückgeblickt. Alle waren sich einig, dass im nächsten Jahr eine solche Veranstaltung angeboten werden soll.

Erörtert wurden weitere Aktivitäten und Aktionen zielgerichtet auf unsere Senioren. Nachdem der letzte Tagungsordnungspunkt – Verschiedenes – auch noch abgearbeitet war, konnte der Bundesseniorensprecher die Arbeitssitzung schließen. ■

## Hervorragendes Wahlergebnis für den BSBD Landesverband Baden-Württemberg bei den Wahlen zum HPR

Es konnte an den Erfolg bei den letzten Wahlen im Jahr 2019 angeknüpft werden. 6 von 8 der für den BSBD Baden-Württemberg Kandidierenden haben den Einzug in das Gremium geschafft

Am 02. und 03. Juli 2024 fanden die Wahlen zum Hauptpersonalrat im Ministerium der Justiz und für Europa und zu den örtlichen Personalräten in den Justizvollzugsanstalten statt.

Der BSBD Landesverband war in der Liste der Arbeitsgemeinschaft Justiz-AG Justiz-des BBW Beamtenbund Tarifunion mit insgesamt 8 Kandidatinnen und Kandidaten aus den Ortsverbänden und dem Landesvorstand zur HPR-Wahl angetreten, davon 5 für die Gruppe der Beamten und 3 für die Gruppe der Arbeitnehmer.

Neben der Liste der AG Justiz, auf der alle Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD vertreten waren, gab es dieses Mal eine weitere Liste der DJG. Gewählt wurde daher nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, so dass bis zu 3 Stimmen an einen Kandidierenden vergeben werden konnten. Den Angehörigen der Gruppe der Beamten standen insgesamt 11 Stimmen zur Abgabe zur Verfügung, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren es 6. Der Hauptwahlvorstand beim Ministerium der Justiz und für Europa stellte in seiner Sitzung am 10.07.2024 das Wahlergebnis

fest. Die Bekanntmachung sorgte beim BSBD Baden-Württemberg für große Freude, da sich einmal eindrucksvoll zeigte, wie groß die Unterstützung im Land ist.

Hier nun die wichtigsten Zahlen und Fakten zur Wahl (Auszüge aus der Bekanntmachung des Wahlergebnisses):

### 1. Gruppe der Beamten

Wahlberechtigt waren 9.461 Beamte, davon wählten 5.364. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 56,70 Prozent. Von den 45.082 gültigen Stimmen haben die Kandidaten des BSBD-Landesverbandes erhalten:

Michael Schwarz:	3.994 Stimmen
Lars Rinklin:	3.245 Stimmen
Daniel Meurer:	2.481 Stimmen
Alexander Rees:	2.373 Stimmen
Manja Sommer:	1.704 Stimmen
Summe:	13.797 Stimmen (rund 31%)

Damit wurden alle Kandidaten des BSBD in den HPR gewählt.

Neben dem BSBD-Landesvorsitzenden Michael Schwarz, der 2014 erstmals in den Hauptpersonalrat einzog und dem 1. Stellvertretenden Landesvorsitzenden Lars Rinklin, der seit 2019 Mitglied des HPR ist, hat es auch der stv. Landesvorsitzende Alexander Rees das zweite Mal ins Gremium geschafft, so dass der Werkdienst weiter vertreten bleibt. Mit ihnen werden sich Daniel Meurer, der seine zweite Amtszeit antritt und Manja Sommer, die erstmals dabei ist, für die Belange des Justizvollzugs stark machen.

### 2. Gruppe der Arbeitnehmer

Wahlberechtigt waren 5.485 Arbeitnehmer, davon wählten 2.750. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 50,14 Prozent.



Michael Schwarz



Lars Rinklin



Alexander Rees



Manja Sommer



Daniel Meurer



Sabine Glas

Fotos (6): BSBD BW

Von den 13.039 gültigen Stimmen haben die Kandidatinnen des Landesverbandes erhalten:

Sabine Glas:	768 Stimmen
Steffen Schelenz:	434 Stimmen
Andrea Marker:	437 Stimmen
Summe:	1.639 Stimmen (rund 13 %)

Damit hat leider nur Sabine Glas, die nun ihre zweite Amtszeit antritt, den Einzug in den HPR geschafft. Sie muss nun ohne weitere, vollzugliche Unterstützung im Arbeitnehmer-Bereich kämpfen und das obwohl gerade in dem Bereich so viel zu tun ist. Selbstverständlich wird sie von den gewählten Kollegen aus der Gruppe der Beamten tatkräftig unterstützt werden, dennoch hatte der BSBD auf ein anderes Ergebnis gehofft.

Am 18.07.2024 fand dann die konstituierende Sitzung des Hauptpersonalrats statt. Zur Vorsitzenden wurde Monika Haas und zur Stellvertreterin die BSBD-Kandidatin Sabine Glas gewählt.

Auch wenn der BSBD in dieser Amtszeit mit 6 von 17 Sitzen nicht ganz so stark vertreten ist, wie in der letzten, wo es 9 von 17 Sitzen waren, werden die Vorstellungen und Ziele des BSBD auch weiterhin die praktische Arbeit des Hauptpersonalrats maßgeblich beeinflussen.

Diese positiven Aussichten für den Vollzug bezüglich der Arbeit im HPR sind aber nicht nur den Kandidatinnen und Kandidaten zu verdanken.

Vielmehr haben Sie als Unterstützer in den einzelnen Ortsverbänden der Justizvollzugsanstalten mit jeder Stimme, die Sie einem Kandidaten des BSBD gegeben haben, dies ermöglicht.

Für diese herausragende Teamleistung und innere Geschlossenheit sei Ihnen hiermit herzlichst gedankt. Nur durch Sie war dieses Ergebnis zu erzielen.

Der BSBD Landesverband Baden-Württemberg weiß diesen Vertrauensbeweis sehr zu schätzen und wird weiter Ihre Ziele zu seinem Anliegen machen und für Ihre Interessen eintreten!

**„Euer Wohlergehen, unser Auftrag – vom ersten bis zum letzten Tag“**

Bericht: Teresa Mazzarella

## Der BSBD im Gespräch mit der Strafvollzugsbeauftragten Julia Goll MdL

**In Folge eines regen Austausches zwischen dem Fachgruppensprecher für die Jungen Bediensteten, Philipp Weimann, und dem Vorsitzenden der Jungen Liberalen Baden-Württemberg, Mark Hohensee, trafen sich Ende Juni der BSBD-Landesvorsitzende Michael Schwarz und Philipp Weimann mit der Strafvollzugsbeauftragten der FDP Julia Goll MdL zum Gespräch über ein Kernthema des BSBD Baden-Württemberg: die Aus- und Fortbildung im Justizvollzug verbunden mit den Herausforderungen Mitarbeitergewinnung und -bindung.**

Entsprechend ausgiebig hat man sich dazu ausgetauscht. Besonders intensiv wurden die finanzielle Ausstattung der Aus- und Fortbildung im Haushalt, die Situation an und durch die drei Standorte des Bildungszentrums Justizvollzug, sowie die Personalausstattung und Besoldungsstruktur vor Ort besprochen.

Der BSBD hat am Ende nochmals die Forderung nach einem zentralen Aus- und Fortbildungszentrum mit zeitgemäßer, moderner Technik und Unterbringung angebracht.

Uns ist bewusst, dass dies ein Ziel ist, das einen langen Atem benötigt. Umso wichtiger ist es, bis dahin die Zwei-Klassen-Unterbringung unsere Anwärterinnen und Anwärter zu beenden und alle so unterzubringen, dass es einem sogenannten einfachen Hotelstandard entspricht, wie es derzeit in der Außenstelle Crailsheim und größtenteils im Haus 4 im „Kelterle“ der Fall ist.

Es soll an der Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Notwendigkeit Veränderungen in den baulichen Unterkunfts-bereichen anzugehen von den Verantwortlichen gesehen wird und es spürbare Bemühungen um Verbesserung in die richtige Richtung gibt. Die Maßnahmen dürfen allerdings nicht auf die größte Mängelbeseitigung begrenzt sein und sollten in einem akzeptablen, zeitlichen Rahmen stattfinden. Hierzu bedarf es vielseitiger Unterstützung. Eine adäquate Unterbringung während der Ausbildung ist eine Art von Wertschätzung, die man den Bediensteten zeigt, was wiederum ein wichtiger Baustein in Bezug auf die Mitarbeiterbindung ist.

Das Logistikzentrum Baden-Württemberg und das Diensthundewesen waren unter anderem weitere Themen über die man sich im restlichen Verlauf des Gesprächs noch ausgetauscht hat. Anhand von Beispielen aus der Praxis rund um die Dienstkleidung, konnten verschiedene Sachverhalte und deren Auswirkung auf den täglichen Dienst der Abgeordneten erläutert werden. Auch hier war Frau Goll sehr interessiert und hat sich ausführlich über Punkte wie z.B. die Bestell- und Tauschmodalitäten oder die verminderte Grundausstattung im Angestellten- und Anwärterbereich informieren lassen.

Wir bedanken uns bei Frau Goll für den offenen, konstruktiven Austausch und ihre Unterstützung für den Vollzug.

Bericht: Philipp Weimann



v.l.: Michael Schwarz, Julia Goll MdL, Philipp Weimann

## Pflegezulage für Tarifbeschäftigte im Justiz- und Maßregelvollzug eingeführt

### Ein Schritt Richtung Abbau des Konkurrenzdrucks um Beschäftigte ist getan



Foto: BSBD BW  
Sabine Glas

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Beschäftigte in der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug und Maßregelvollzug erhalten seit 1. Januar

2024 eine dynamische Zulage für Pflegekräfte sowie für Beschäftigte in Gesundheitsberufen.

### Zulage für Krankenpfleger/ Krankenpflegerinnen

Seit dem 1. Januar 2024 profitieren Pfleger/ Pflegerinnen und Pflegehelfer/ Pflegehelferinnen im Justizvollzug von einer neuen Pflegezulage in Höhe von 143,92 Euro pro Monat. Diese Zulage ist dynamisch und passt sich den allgemeinen Entgeltanpas-

sungen an. Betroffen sind alle Pfleger/ Pflegerinnen und Pflegehelfer/ Pflegehelferinnen im Justizvollzugsdienst im Geltungsbereich des TV-L.

### Zulage für bestimmte Gesundheitsberufe

Ebenso profitieren seit dem 1. Januar 2024 bestimmte Tarifbeschäftigte in Gesundheitsberufen im Justizvollzug von einer neuen, dynamisierten Pflegezulage in Höhe von 71,96 Euro pro Monat. Es handelt sich um folgende Berufe: Ergotherapeuten, Logopäden, medizinische Fachangestellte und zahnmedizinische Fachangestellte, medizinisch-technische Assistenten, pharmazeutisch-technische Assistenten und Physiotherapeuten, biologisch-technische Assistenten und chemisch-technische Assistenten im Geltungsbereich des TV-L.

Damit erfährt die Arbeit im medizinischen Dienst im Justizvollzug endlich die drin-

gend notwendige Anerkennung. Dafür hat sich der BSBD bei den Tarifverhandlungen seit Jahren eingesetzt.

Der Beruf der Krankenpflegerin bzw. des Krankenpflegers im Vollzug muss eine ähnliche Aufwertung erfahren, wie die Pflege in den Universitätskliniken. Nur durch deutliche Verbesserungen bei der Bezahlung kann der prekären Situation des medizinischen Dienstes im Justizvollzug begegnet werden. Ein erster wichtiger Schritt dazu ist mit dem Tarifabschluss gelungen.

Dieses gute Ergebnis verdanken wir unter anderem auch dem engagierten und beharrlichen Einsatz vieler BSBD-Kolleginnen und -Kollegen, die uns im Tarifstreit aktiv unterstützt haben. Dieses Engagement wird nun belohnt!

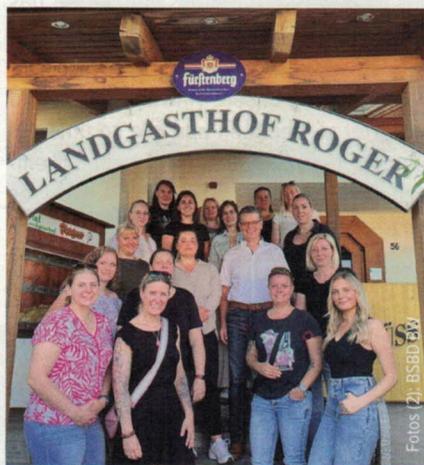
Vielen Dank!!!

Eure/ Ihre Sabine Glas  
Fachgruppensprecherin Tarif

## Die Fachgruppe „Weibliche Bedienstete“ wächst weiter

Am 24. und 25.06.2024 versammelte sich die Fachgruppe der weiblichen Bediensteten zu einer zweitägigen Tagung im Flair Hotel Landgasthof Roger in Löwenstein-Höblinsülz. Insgesamt nahmen neben dem BSBD-Landesvorsitzenden Michael Schwarz 17 Frauen teil.

Zu Beginn begrüßten Landesfachgruppensprecherin Manja Sommer und ihre Stellvertreterin Nadin Deininger alle Teilnehmerinnen, sowie Michael Schwarz und eröffneten eine kleine Vorstellungsrunde, da unter ihnen neue Gesichter waren. Die Fachgruppe ist in den letzten 2 Jahren enorm gewachsen. So viele Teilnehmerin-



Fotos: ZH BSBD BW

nen gab es zuvor noch an keiner Tagung der weiblichen Bediensteten.

Anschließend ging die Fachgruppe in einen regen Austausch und diskutierte aktuelle, anstaltsübergreifende Schwierigkeiten wie den Personalmangel und die Langzeit-Krankheiten, was zu immer mehr Überstunden führt. Dass dies auf die allgemeine Stimmung in den verschiedenen Justizvollzugsanstalten drückt, wurde sehr schnell deutlich.

Weiterhin wurden verschiedene Themen, wie BfC, Teilzeit, Stellenbesetzungen der

Frauen, Beurteilungen und ETR gemeinsam erörtert und für verschiedene Thematiken Lösungsansätze angeregt.

Landesvorsitzender Michael Schwarz hielt zudem noch einen interessanten und ausführlichen Bericht über die zu dem Zeitpunkt bevorstehende Wahl des Hauptpersonalrats beim Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg, die Einkommensrunde TV-L 2023 und den Tarifabschluss der Länder, sowie die Übertragung auf den Beamtenbereich und das Fortbildungsprogramm im Justizvollzug.

Zum Abschluss bereicherte Michele Assenza von Swiss Life Select als Vorsorgespezialist die Tagung mit seiner Präsentation über die dbb Vorteilswelt!

Insgesamt freute sich die Fachgruppe der weiblichen Bediensteten darüber, dank dem BSBD, die Möglichkeit zu haben 2 weiterbringende und sehr aufschlussreiche Tage im Landgasthof Roger verbringen können und bedankt sich für die sehr gute Gastfreundlichkeit und hervorragende Bewirtung.

Bericht: Manja Sommer



## Landeshauptvorstand des BSBD tagt in Herrenberg

**Am 16. Mai 2024 fand in Herrenberg die erste von zwei Landeshauptvorstandssitzungen 2024 statt.**

**Der Landesvorsitzende Michael Schwarz freute sich, die Kolleginnen und Kollegen, darunter den Ehrenvorsitzenden Alexander Schmid, zur Landeshauptvorstandssitzung des BSBD im Hotel Hasen in Herrenberg begrüßen zu dürfen.**

Es wurde kurz der Ablauf der Tagung und das Organisatorische geklärt. Da in diesem Jahr die Hauptpersonalratswahlen stattfanden, ist die üblicherweise 2 Tage dauernde Landeshauptvorstandssitzung auf zwei eintägige Veranstaltungen aufgeteilt worden. Die zweite findet im Oktober statt. Nach Abhandlung der ersten Tagesordnungspunkte, welche auch einen Rückblick auf die gelungenen Tarifverhandlungen beinhalteten, bedankte sich Landesvorsitzender Schwarz bei allen Vertreterinnen und Vertretern der Ortsverbände für die große Unterstützung bei der am 30.11.2023 stattgefundenen Kundgebung in Stuttgart und der aktiven Mittagspause vor den Anstalten.

Weiter berichtete er von verschiedenen Gesprächen beim Ministerium und mit der Politik. Es gibt Kontakt zu allen Fraktionen, besonders zu deren Strafvollzugsbeauftragten, mit Ausnahme der AfD, von der sich der BSBD klar distanziert.

Folgende weitere Themen wurden u.a. besprochen:

- Gewalt am Arbeitsplatz gegenüber Bediensteten. In dem Bereich hat sich mittlerweile einiges getan. So sieht ein Gesetzesentwurf vor, dass auch im Fal-

le einer Abschiebung/Ausweisung oder einer Schuldunfähigkeit eines Gefangenen, bei Anspruch eines Bediensteten auf Schmerzensgeld, dieser vom Land BW übernommen wird. Auch werden jetzt Vorkommnisse von niederschwelliger Gewalt statistisch erfasst und ausgewertet.

- Die lange Bearbeitungszeit bei der Beihilfe und bei der Auslieferung der Dienstkleidung.
- Mitarbeitergewinnung und -bindung. Derzeit sieht es leider so aus, dass die neu eingestellten Kollegen genauso viele sind wie die, die unter dem Jahr geplant und ungeplant ausscheiden. Der durch die Stellenmehrungen in den letzten Jahren gewünschte Effekt der Entlastung kommt daher derzeit leider in den Anstalten noch nicht spürbar an. Dies zeigt klar, dass die Aufgabe der Mitarbeiterbindung ein zentraler Schwerpunkt der nächsten Jahre sein

wird, damit eine spürbare Verbesserung der Personaldecke Wirklichkeit wird. Ein Baustein, dem hierbei auch eine besondere Bedeutung zukommt, sind unsere Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich. Ihre Unterstützung ist unverzichtbar. Verbesserungen im Bereich der Tarifbeschäftigten sind deshalb elementar, um sie dauerhaft an uns zu binden.

- „Zukunftsgerichtet“: der Vorsitzende berichtete von seiner Teilnahme bei der Roadshow in Ellwangen und warb bei den Anwesenden sich ebenfalls aktiv an dem Projekt zu beteiligen. Mit diesem Projekt bietet das Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg im Jahr 2024 eine Plattform, um Ideen einzubringen, zu diskutieren und die Justiz der Zukunft mitzugestalten. Es ist eine sehr gute Möglichkeit, für uns als BSBD, die Belange des Vollzugs zu platzieren und innovative Ideen zu präsentieren. Am Schluss des Projekts werden



die Beiträge und Ergebnisse ausgewertet und können Grundlage für weitere Verhandlung jeglicher Art sein.

Dem Bericht des Vorsitzenden folgte der Kassenbericht des Kassierers Frank Maertins und im Anschluss der Bericht der Kassenprüfer Maria Bohr und Mathias Vogginger, die ihm eine tadellose Kassenführung bescheinigten.

Die Landeskasse und dem Vorstand wurde daraufhin einstimmig die Entlastung erteilt. Frank Maertins berichtete weiter über die für den BSBD neu angeschaffte Software „easyVerein“. Die Software ist einsatzbe-

reit und wird seit Juni mit ausgewählten Pilotanstalten getestet. Im Herbst sollen dann die restlichen Anstalten eingebunden werden. Dies wird die Arbeit in den Ortsverbänden erleichtern.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die anstehende Hauptpersonalratswahl. Gerne wäre man auch dieses Mal wieder mit nur einer gemeinsamen Liste angetreten, allerdings gab es hierfür keine Einigung mit allen Beteiligten, so dass es bei dieser Wahl zwei Listen gab. Der BSBD war mit seinen Kandidaten auf der Liste Nr. 1 der Arbeitsgemeinschaft der Justiz des BBW vertreten.

Die Ergebnisse der Wahl finden Sie im gesonderten Artikel hierzu in dieser Ausgabe. Trotz des straffen Programms der eintägigen Landeshauptvorstandssitzung bot die Veranstaltung auch Raum ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen, was von den Anwesenden gerne genutzt wurde. Wir freuen uns auf die Fortsetzung am 10.10.2024!

Bericht: Kai Kretschmer

## Ortsverband Heimsheim lädt Mitglieder zum Grillfest ein

### Jahreshauptversammlung 2024

**Bei strahlendem Sonnenschein begrüßte Kollege Brzoska die zahlreich erschienenen Mitglieder im Freizeitheim Eberdingen und bedankte sich bei allen, dass sie sich die Zeit genommen haben zu kommen. Ein besonderes Willkommen ging an den Landesvorsitzenden Michael Schwarz und seinen Stellvertreter Steffen Schelenz.**

Zunächst wurde dem im März verstorbenen Kollegen Klaudius Mokwa gedacht. In Form einer Schweigeminute und mit Episoden aus dem dienstlichen Alltag wurde er geehrt. Er wird dem Verband in steter Erinnerung bleiben. Es folgten umfangreiche Berichte des Ortsverbandsvorsitzenden und Landesvorsitzenden. Die weiteren Abstimmungen und Wahlen konnten ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen abgearbeitet werden, so dass zügig eine Entlastung stattfinden konnte.

#### Neu gewählt wurden:

Fachgruppenvertreter „Junge Bedienstete“:  
Stefan Schaffer,  
Stellvertreter Yannick Ziebart  
Fachgruppenvertreterin  
„Weibliche Bedienstete“: Ina Westphal,  
Stellvertreterin Sarah Bosch

Wir gratulieren nochmal herzlich und wünschen viel Erfolg für die neuen Aufgaben!

Ein weiteres freudiges Ereignis an diesem Tag waren die Ehrungen von Silvia Rittmann für 25-jährige Mitgliedschaft, die anwesend war, und in Abwesenheit der Herren:

Siegfried Dahm  
für 60-jährige Mitgliedschaft  
Wolfgang Schmid  
für 50-jährige Mitgliedschaft  
Pio Knecht  
für 40-jährige Mitgliedschaft und  
Bernd Collmer  
für 25-jährige Mitgliedschaft

Nach den vielfältigen und interessanten Informationen war die Vorfreude auf den Grillabend deutlich spürbar.

An dieser Stelle möchte sich die Vorstandschaft des Ortsverbands recht herzlich für die Bereitschaft und das Interesse vieler unserer Ortsverbandsmitglieder bedanken. Dies zeigt sich in Fragen, Anregungen und der Übernahme von Aufgaben oder Ämtern. Ein ganz zentrales Amt hatte an diesem Tag unser Grillmeister Thomas Henninger inne, der über dem offenen Feuer – zur Zufrie-

denheit aller – nichts anbrennen lies. High lights waren auch die vielen gespendeten Salate und Nachtische, dank derer der Abend ein voller Erfolg war.

Es war dem Vorstand eine Freude!

Bericht: Philipp Grassler



v.l.: Schelenz, Grassler, Rittmann, Brzoska Schwarz



v.l.: Schwarz, Schelenz, Brzoska, Grassler, Bosch, Westphal, Rentschler, Ziebart

# Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg

## Ortsverbandsvorsitzender Daniel Meurer einstimmig im Amt bestätigt

Am 18.04.2024 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte Rhodia Stüble in Freiburg statt.

Der Ortsverbandsvorsitzende Daniel Meurer konnte 37 Mitglieder und Pensionäre begrüßen. Ganz besonders begrüßte er die stellvertretende Verwaltungsleiterin Sandra Saier, die auch Fachgruppensprecherin des gehobenen Verwaltungsdienst ist. Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und genehmigt wurde.

Die Mitgliederversammlung gedachte sodann mit einer Schweigeminute aller verstorbenen Mitglieder.

Der Vorsitzende Daniel Meurer berichtete sodann mit einem kurzweiligen Vortrag über die verschiedenen Aktivitäten des Ortsverbandes im zurückliegenden Geschäftsjahr. Insgesamt war 2023 aus gewerkschaftlicher Sicht ein eher ruhiges Jahr. Viel Zeit wurde in die Mitgliedererziehung gesteckt. Am 30.11.2023 hat sich der Ortsverband Freiburg mit einer beachtlichen Delegation mit einem Bus auf den Weg nach Stuttgart gemacht, um sich an der Kundgebung des BBW aufgrund der Einkommensrunde TV-L 2023 zu beteiligen.

Meurer berichtete über die nach wie vor viel zu hohe Belastung in den einzelnen Diensten. Die Nachwuchsgewinnung läuft auf Hochtouren, jedoch muss man feststellen, dass man in starker Konkurrenz mit anderen Behörden steht.

Unsere Arbeitsbedingungen, Schicht- und Wechseldienst, 41-Stunden-Woche und vieles mehr schreckt oft die Bewerber eher ab. Hier braucht es seitens der Politik dringend Verbesserungen. Die Attraktivität des Schichtdienstes muss verbessert werden, Beruf und Familie sollten besser in Einklang gebracht werden können.

Kassierer Philipp Hog berichtete über ein positives Geschäftsjahr. Die Vereinskasse konnte mit einem deutlichen Plus abgeschlossen werden. Die Mitgliederzahl im Ortsverband Freiburg liegt konstant über 300, somit ist man nach wie vor der größte Ortsverband im Ländle.

Die am 12.04.2024 durchgeführte Kassenprüfung, durch Tobias Walter und Michael Kopp ergab eine beanstandungsfreie Kassenführung. Die von den Kassenprüfern Walter und Kopp beantragte Entlastung des Kassierers erfolgte einstimmig.

Es folgten die Berichte der anwesenden Fachgruppenvertreter. Jörg Waldmann – Fachgruppe Allgemeiner Vollzugsdienst – gab letztmalig seinen Bericht ab.

Mathias Vogginger berichtete über die Tagung der Fachgruppe Werkdienst, die sich am 06.12.2023 in Ulm getroffen hatte.

Nach den Vorträgen erfolgte die Entlastung der Vorstandschaft, die Peter Scherzinger beantragte und daraufhin einstimmig erfolgte. Ebenso führte Peter Scherzinger souverän den Punkt Neuwahlen durch.

Die jeweiligen Kandidaten wurden alle einstimmig gewählt.

### Ergebnis der Wahlen:

1. Vorsitzender:	Daniel Meurer
Kassierer:	Philipp Hog
Schriftführer:	Henning Kamp
Fachgruppenvertreter:	
AVD:	offen
WD:	Tobias Walter
Kassenprüfer:	Martin König

Nach den Neuwahlen konnten zahlreiche Mitglieder mit einer Urkunde, Anstecknadel und einem Weinpräsen für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt werden:

### 25 Jahre Mitgliedschaft:

Sigmund Hahn, Josef Kury, Patrick Anstatt, Daniel Meurer, Matthias Zapf, Mathias Vogginger, Georg Fessinger, Marco Ölschläger, Michael Diringer, Marc Lubig und Heike Voll

### 40 Jahre Mitgliedschaft:

Franz Wissert, Gottlieb Schwaab, Ernst Reimer und Bernhard Ruf

und bereits **50 Jahre Mitgliedschaft** wurde gefeiert mit: Ursula Fries-Borho

Bei einem gemeinsamen Abendessen und guten Gesprächen wurde nach Beendigung der Versammlung noch ein gemütlicher Abend in geselliger Runde verbracht.

Bericht: Mathias Vogginger



Fotos: BSBG BW

## Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Ravensburg

### Kasse wieder in guten Händen

Dem Bericht des Vorsitzenden folgte der Kassenbericht des Kassierers Frank Mazzardo. Am 22.05.2024 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Ravensburg statt. Eröffnet wurde die Versammlung indem der Ortsverbandsvorsitzende Jochen Donneberg alle anwesenden Ortsverbandsmitglieder, sowie den Landesvorsitzenden Michael Schwarz herzlich begrüßte. Die Tagesordnung wurde nach der Begrüßung einstimmig genehmigt.

Daraufhin folgte der Bericht des Ortsverbandsvorsitzenden über die Kundgebung am 30.11.2023 im Rahmen der Einkommensrunde TV-L 2023 in Stuttgart bei der 12 Kollegen der JVA Ravensburg teilgenommen hatten und die Rückmeldung sehr positiv war.

Weiter wies er darauf hin, dass ein neuer Kassierer gewählt werden muss, da der bisherige nicht mehr im Vollzug tätig ist und sein Amt niedergelegt hat. Einen Bericht des Kassierers gab es nicht, aber es gab auch keine Veränderungen in der Kasse

seit der letzten Jahreshauptversammlung. Zur neuen KassiererIn wurde einstimmig Frau Nowak gewählt.

Im Anschluss berichtete der Landesvorsitzende Michael Schwarz über aktuelle Themen aus dem Landesvorstand. Er stellte die geplante BSBD-App vor, die es ermöglichen soll, alle gewerkschaftlichen Angelegenheiten über das Smartphone zu regeln. Zudem informierte er über die Neuerungen in Bezug auf Schmerzensgeldansprüche gegen schuldunfähige oder abzuschiebende Gefangene. Das Thema „Lebensarbeitszeitkonto“ wurde beleuchtet. Michael Schwarz betonte auch die Wichtigkeit des richtigen Umgangs mit Social Media, da es immer wieder zu Entlassungen wegen rechtsradikaler Inhalte oder verfassungsfeindlichen Symbolen auf Smartphones kommt. Weitere Themen seines Berichts waren die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD, die Lösungsansätze bezüglich der langen Lieferzeiten und der verbesserungswür-



v.l. Michael Schwarz, Jochen Donneberg

digen Qualität der Dienstkleidung und die Forderung der BSBD die Haushaltsmittel für Ausbildung und Fortbildung zu trennen. Abschließend wurde die Entlastung der Vorstandschaft einstimmig beschlossen.

Bericht: Joey Veil

## BSBD Ortsverband Konstanz / Singen aktiv

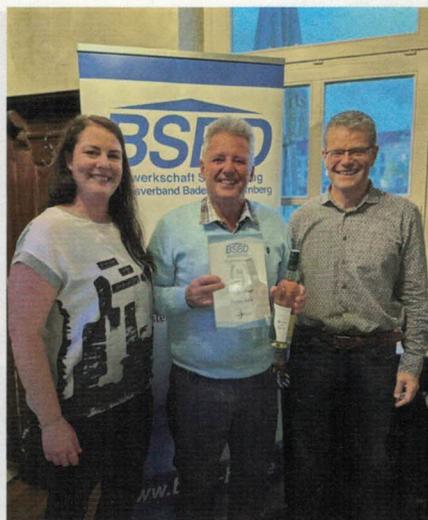
### Jahreshauptversammlung wieder in gewohnter Form am 21. Juni 2024 durchgeführt

„Endlich, nachdem zuletzt am 17. Februar 2022 nur online getagt werden konnte, können wir uns wieder treffen und einen informativen und gemütlichen Abend im kollegialen Kreis des BSBD verbringen“, so der Tenor der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahreshauptversammlung 2024 des BSBD Konstanz, zu der die Vorsitzende Jasmin Schober zahlreiche Mitglieder begrüßen konnte.

Auch der Landesvorsitzende Michael Schwarz und der Ehrenvorsitzende Alexander Schmid, selbst Mitglied des OV Konstanz, hatten es sich nicht nehmen lassen und waren zur Versammlung erschienen. Nachdem Jasmin Schober ausführlich über ihre und die Tätigkeit des Vorstandes des Ortsverbandes berichtet hatte und auch der Kassenbericht, vorgetragen durch Frank Mazzardo, ein sehr positives Bild zeichnete, konnten die Mitglieder, der Empfehlung der Rechnungsprüfer folgend, die Gesamtvorstandschaft und die Kasse einstimmig und besten Gewissens entlasten.

Höhepunkt war sicherlich auch der umfangreiche und sehr informative Bericht des Landesvorsitzenden Michael Schwarz, der keine „Baustelle des BSBD“ ausließ und allen Anwesenden vermittelte, dass der BSBD sich intensiv und dauerhaft für

die vielen verschiedenen Anliegen und Belange der Mitglieder einsetzt. Beispielfähig seien hier nur Rechtsschutz, Dienstbekleidung, LBV, Beförderungssituation, Personalausstattung, Gitterzulage... die Liste ließe sich noch lange fortsetzen, genannt.



v.l. Schober, Görn, Schwarz



v.l. Schmid, Schober, Schwarz

**Bei den sich anschließenden Wahlen wurden folgende Entscheidungen getroffen:**

1. Schriftführerin wird Jennifer Neuberger
2. Fachgruppenvertreter Mittlerer Verwaltungsdienst wird Willi Bühler
3. Fachgruppenvertreterin Sozialdienst wird Jennifer Neuberger
4. Fachgruppenvertreter Junge Bedienstete wird Justin Löffler
5. Fachgruppenvertreterin Tarif wird Nicole Aurioso-Wilhelm

6. Fachgruppenvertreterin Krankenpflege-dienst wird Natalie Wiker

Weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war die persönliche Ehrung des Mitglieds Detlef Görn für seine mittlerweile 44-jährige Mitgliedschaft im BSBD.

Nach dem offiziellen Teil freute sich Jasmin Schober die Mitglieder noch zu einem gemeinsamen Essen und den damit verbundenen Gesprächen einladen zu können... sehr erfreulich, dass sich alle Anwesenden hierzu nicht lange bitten ließen.

Bericht: Alexander Schmid



Fotos (R): BSBD BW

## Aller guten Dinge sind 3

### Mitgliederversammlung des Ortsverbands Mannheim

Am 18.04.2024 fand im dritten Anlauf die Mitgliederversammlung des Jahres 2023 des Ortsverbands Mannheim in gemütlicher Runde statt. Der erste Termin am 30.11.2023 wurde aufgrund der Kundgebung des BBW im Rahmen der Einkommensrunde TV-L 2023 verschoben, beim Ersatztermin am 18.01.2024 waren aufgrund einer extrem schlechten Wetterlage neben dem Vorstand nur vier Mitglieder anwesend.

Nach Genehmigung der Tagesordnung und einer Gedenkminute für die verstorbenen Kolleginnen und Kollegen, berichtete Thorsten Stein als Vorsitzender über das ereignisreiche Jahr 2023, welches weiterhin geprägt war von einer angespannten Personalsituation und sich häufenden Übergriffen. Nachdem keiner der Fachgruppensprecher anwesend war und dem Vorstand auch keine Berichte vorlagen, erteilte Guido Rauschenberger Auskunft zur Kasse und anschließend bescheinigten die beiden Kassenprüfer eine beanstandungsfreie Führung dieser.

Nach der Entlastung des Vorstandes konnte erfreulicherweise Jürgen Scheike für seine 40-jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Anschließend erfolgte die Neuwahl, sowohl des Vorstandes als auch der Fachgruppensprecher.

Peter Schulze übernimmt nun den Vorsitz und Jens van Lier dessen Stellvertretung. Guido Rauschenberger verbleibt im Amt



v.l.: van Lier, Stein, Schulze, Glaser, Rauschenberger

des Kassierers, ebenso wie Natascha Glaser im Amt der Schriftführerin. Sowohl dem Vorstand, als auch den Mitgliedern, bleibt somit nur Thorsten Stein für die jahrelange Tätigkeit im Vorstand des Ortsverbands Mannheim zu danken und allen neuen, sowie alten Mitgliedern des Vorstandes und auch den Fachgruppensprechern zur Wahl zu gratulieren.

Die Versammlung endete schließlich im gemütlichen Beisammensein.

Bericht: Natascha Glaser



Fotos (R): BSBD BW

